

Den Osten im Blick

**Wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Ostdeutschland
wieder vom Rand ins Zentrum rücken kann**

Ein Strategiepapier von Luna Möbius, Madeleine Henfling und Thea-Helene Gieroska

DEN OSTEN IM BLICK WIE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN OSTDEUTSCHLAND WIEDER VOM RAND INS ZENTRUM RÜCKEN KANN

Abstract

1. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale (Un-)Gerechtigkeit

- 1.1 Zentrale wirtschaftliche Probleme
- 1.2 Lösungsansätze und Modellskizzen

2. Soziale Spannungen und Identität

- 2.1 Gründe für die gesellschaftliche Spaltung
- 2.2 Lösungsansätze und Konzeptskizzen

3. Bildung und politische Resilienz

- 3.1 Lösungsansätze und Konzeptskizzen

4. Die Rolle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- 4.1 Ursachen des Niedergangs der Grünen in Ostdeutschland
- 4.2 Strategische Neuausrichtung der Grünen in Ostdeutschland

Fazit

Abstract

Deutschland befindet sich in einer tiefgreifenden demokratischen Krise. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern zeigt sich der immense Vertrauensverlust in die demokratische Parteienlandschaft. Ostdeutschland ist dabei Seismograf für die gesamte Republik. Die sich seit mehreren Jahren abzeichnende, spätestens durch die Landtagswahlen 2024 bestätigte Krise wurde zu lange weder ernst genommen noch wurde strategisch dagegen angegangen.

Die tiefe Spaltung unserer Republik äußert sich nicht zuletzt durch die Dominanz der AfD oder die Radikalisierung der CDU, sondern auch durch die Unfähigkeit aller demokratischen Parteien, die Menschen in Ostdeutschland und ihre Lebensrealitäten zu repräsentieren und ihnen politische Lösungen zu liefern.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielschichtig: wirtschaftliche Benachteiligung, gesellschaftliche Entfremdung, Deprivationserfahrungen und ein strukturelles Demokratiedefizit haben dazu geführt, dass zu große Teile der ostdeutschen Bevölkerung das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren haben. Gleichzeitig sind die Wahlerfolge der AfD in den westdeutschen Bundesländern ein Beleg dafür, dass die Probleme nicht allein auf Ostdeutschland begrenzt sind.

In diesem Strategiepapier analysieren wir die strukturellen Herausforderungen und liefern konkrete progressive Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung Ostdeutschlands, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und zur Stärkung demokratischer Strukturen. Ein zentraler Fokus liegt auf wirtschaftlichen Reformen, darunter gezielte Investitionen in Modellregionen, die Schaffung staatlich geförderter Innovationsfonds und die Förderung genossenschaftlicher sowie kommunaler Wirtschaftsmodelle.

Darüber hinaus werden Ansätze zur Bekämpfung sozialer Spannungen formuliert, darunter verbindliche Zielquoten für ostdeutsche Führungskräfte, eine stärkere Förderung ostdeutscher Medien und ein Ausbau kultureller Identitätsprojekte. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der politischen Bildung, um Desinformation und Demokratiedistanz entgegenzuwirken.

Als ostdeutsche Parteimitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fühlen wir uns verpflichtet, eine dringend überfällige Problemanalyse und eine lösungsorientierte Strategie zu liefern. Unsere Partei hat in den ostdeutschen Bundesländern in den letzten Jahren nicht nur massiv an Rückhalt verloren, sondern bewegt sich ohne Kurswechsel auch immer mehr in die eigene politische Irrelevanz. Unser Strategiepapier beschreibt, wie eine inhaltliche, personelle und kommunikative Neuausrichtung der Partei dazu beitragen kann, uns als ernstzunehmende Kraft im Osten neu zu positionieren. Dabei muss die gesamte Partei die Probleme, aber auch die Lösungen dazu als ihre Aufgabe begreifen und nicht weiter nur als ostdeutschen Sonderfall abtun.

Wir sind überzeugt davon, dass die tief liegenden Probleme in Ostdeutschland nicht unüberwindbar sind – und dass bündnisgrüne Politik Teil dieser Lösungen sein muss.

Einleitung

Spätestens nach den Bundestagswahlen 2025 zeigt sich Deutschland gespalten: In Ostdeutschland hat die AfD fast jedes Direktmandat gewonnen. Die einzigen Ausnahmen – Berlin, Leipzig und Erfurt – zeigen: Die AfD hat es geschafft, die politischen Ungleichheiten zwischen Ost und West für sich zu nutzen und entsprechend Wähler*innen zu mobilisieren. Die Vorherrschaft der CDU weicht nun in vielen Bundesländern dem wachsenden Machtanspruch der AfD und auch die CDU hat sich vielerorts stark radikalisiert und ist in ihren Positionen und im Auftreten deutlich nach rechts gerückt. Sogenannte „Brandmauerbrüche“ gibt es im Osten der Republik bereits seit mehreren Jahren, immer wieder fallen CDU-Politiker*innen mit rechtspopulistischen Aussagen auf. Auch die SPD als ehemalige Volkspartei hat in den ostdeutschen Bundesländern heftig verloren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erreichen in Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht einmal mehr die 5%-Hürde.

Diese Entwicklung, die bereits seit vielen Jahren, spätestens aber nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg 2024 deutlich wurde, zeigt, dass strukturelle Probleme im Osten – wirtschaftliche Benachteiligung, mangelnde politische Repräsentation und gesellschaftliche Entfremdung – nicht gelöst wurden. Aber ohne die Wahlerfolge der AfD in den westdeutschen Bundesländern wäre das AfD-Ergebnis von über 20 % nicht möglich gewesen. Deutlich wird hier, dass das Gebiet der ehemaligen DDR deutliche Unterschiede aufweist, allerdings sind die Angleichungen der westdeutschen Bundesländer deutlich.

Die Gründe dafür sind längst hinreichend diskutiert und in verschiedenen Publikationen benannt – angegangen wurden sie jedoch bisher äußerst unzureichend.

Dieses Strategiepapier soll konkrete, progressive Lösungsansätze bieten, um Ostdeutschland wirtschaftlich zu stärken, soziale Spannungen zu entschärfen und demokratische Strukturen zu festigen. Außerdem soll auf die Frage eingegangen werden, welche Rolle dabei die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spielen kann, auch, um ihre drohende eigene politische Irrelevanz in Ostdeutschland zu verhindern.

1. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale (Un-)Gerechtigkeit

Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung bestehen weiterhin erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Trotz wirtschaftlicher Fortschritte und gezielter Investitionen sind zahlreiche Ungleichheiten in Einkommen, Vermögen, Wirtschaftskraft und sozialer Teilhabe feststellbar. Das führt bei den Menschen im Osten gerade in Krisenzeiten und Zeiten globaler Veränderungen zu mehr Unsicherheit. Weniger Vermögen heißt weniger Sicherheit, weniger Einkommen bedeutet mehr Unsicherheit bei sich verändernden Rahmenbedingungen. Der folgende Überblick zeigt die bedeutendsten Unterschiede anhand aktueller Zahlen und Entwicklungen.

1.1 Zentrale wirtschaftliche Probleme

1.1.1 Einkommens- und Lohnunterschiede

Die Lohnschere zwischen Ost- und Westdeutschland bleibt bestehen: Ostdeutsche Löhne sind im Durchschnitt noch immer **30 % niedriger** als in Westdeutschland. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Kaufkraft und den Lebensstandard in den ostdeutschen Bundesländern. Das Markteinkommen der unteren **50 %** der Bevölkerung in Ostdeutschland beträgt jährlich etwa **14.000 Euro**, was **25 % weniger** ist als bei vergleichbaren Haushalten in Westdeutschland. Besonders eklatant sind die Unterschiede bei den Spitzeneinkommen: Die Top-1-%-Verdiener in Westdeutschland erzielen im Schnitt **650.000 Euro pro Jahr**, während ihre ostdeutschen Pendanten mit **325.000 Euro** lediglich die Hälfte erreichen.

1.1.2 Vermögensverteilung und Immobilienbesitz

Auch beim Vermögen zeigt sich eine klare Kluft: Ostdeutsche Haushalte verfügen im Schnitt über weniger als **50 %** des durchschnittlichen westdeutschen Vermögens. Besonders deutlich wird dies beim Immobilienbesitz. Während in Westdeutschland rund **50 %** der Haushalte Wohneigentum besitzen, sind es in Ostdeutschland weniger als **40 %**. Die Differenz zeigt sich auch in der finanziellen Bewertung: In Bayern und Hamburg beträgt das durchschnittliche Netto-Immobilienvermögen über **350.000 Euro**, während es in ostdeutschen Bundesländern nur zwischen **100.000 und 150.000 Euro** liegt. Hinzu kommt, dass in Westdeutschland über **15 %** der Haushalte Einkommen aus Vermietung und Verpachtung generieren, während dies in Ostdeutschland nur **9 %** der Haushalte betrifft.

1.1.3 Arbeitsmarkt und Tarifbindung

Die strukturellen Ungleichheiten sind auch auf dem Arbeitsmarkt sichtbar. Während in Westdeutschland **52 %** der Beschäftigten in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten, sind es in Ostdeutschland lediglich **45 %**. Die schwächere Tarifbindung trägt dazu bei, dass Löhne in Ostdeutschland tendenziell niedriger ausfallen. Gleichzeitig ist auch die gewerkschaftliche Organisation schwächer: Nur **10,5 %** der Ostdeutschen sind Mitglied einer Gewerkschaft, während dieser Anteil in Westdeutschland bei **12,4 %** liegt.

1.1.4 Unternehmensstruktur und wirtschaftliche Entwicklung

Ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Kluft ist die ungleiche Verteilung von Unternehmenszentralen. Während in Westdeutschland zahlreiche große Firmen ihre

Hauptsitze haben, gibt es in Ostdeutschland fast keine bedeutenden Konzernzentralen. Die Region dient häufig als verlängerte Werkbank westdeutscher Unternehmen, was zu geringerer regionaler Wertschöpfung führt. Hinzu kommt, dass die ostdeutschen Bundesländer viele Jahre bewusst als Niedriglohnländer gehandelt wurden. Dies spiegelt sich auch in den Investitionen und der Innovationskraft wider: Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie die Anzahl an Patenten pro Kopf sind in Ostdeutschland weiterhin niedriger als in Westdeutschland. Zudem bleibt die Exportquote der ostdeutschen Wirtschaft hinter der westdeutschen zurück. Neben wirtschaftlichen Nachteilen kommen auch Abhängigkeiten bzw. Fremdbestimmung und mangelnde Wirksamkeitserfahrungen im Arbeitskontext hinzu.

1.1.5 Demografische Herausforderungen und Abwanderung

Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland ist nach wie vor durch Abwanderung geprägt. Besonders in den ländlichen Regionen ziehen viele junge und gut ausgebildete Menschen in wirtschaftlich stärkere westdeutsche Städte. Auffällig ist der hohe Anteil von Frauen unter den Abwandernden, was in vielen ostdeutschen Regionen zu einem erheblichen „Frauenmangel“ geführt hat. Zwar ziehen seit 2017 mehr Menschen von West nach Ost als umgekehrt, doch liegt dies vor allem an einer rückläufigen Abwanderung und nicht an einer signifikanten Rückkehrbewegung. Der demografische Wandel und die Veränderungen der letzten Jahre haben massive Auswirkungen auf die Fragen der Infrastruktur, gerade in den ländlichen Regionen. Die damit einhergehenden Verlustserfahrungen führen zu einer erheblichen Frustration und damit zusammenhängender Retrotopie.

1.2 Lösungsansätze und Modellskizzen

Als progressive Partei haben wir verstanden: Das Leben muss wieder für alle bezahlbar werden. Denn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hängt eben auch stark damit zusammen, wie sozial gerecht es zugeht und wie sehr eine Gesellschaft zusammensteht. Daher ist es unabdingbar, die wirtschaftlichen und ökonomischen Unterschiede anzugleichen und zu einer positiven Zukunftserzählung zu machen.

1.2.1 Modellregionen gezielt fördern

Während vor allem in den Braunkohlegebieten viele Menschen Angst und Verunsicherung vor den anstehenden Veränderungen empfinden, braucht es einen starken Fokus auf die Transformation in Modellregionen.

Die **Lausitz als Zentrum für erneuerbare Energien** bspw. sollte im Ausbau der Wasserstoffproduktion und der erneuerbaren Energien (Wind- und Solarenergie) gefördert werden. **Magdeburg als High-Tech- und Halbleiter-Hub** profitiert von den Ansiedlungsplänen von Intel und dem Ausbau der europäischen Chipproduktion. **Halle (Saale)** gewinnt mit dem **Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation** einen wichtigen Forschungsstandort, der vor allem im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften dringend notwendige, gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt. **Rostock und Greifswald als Standorte für maritime Wirtschaft und Offshore-Windkraft** bspw. benötigen auch hier klare politische und wirtschaftliche Förderung.

Finanziert werden können diese Förderungen bspw. aus **EU-Strukturfördermitteln**, wie dem Just Transition Fund, oder aus Regionalfonds. Auch die **Einführung eines Bundesförderprogramms für Transformationsregionen** mit mindestens 10 Milliarden Euro über fünf Jahre stellt erforderliche Mittel bereit. Zusätzlich ist die **Beteiligung**

staatlicher Investitionsbanken wie der KfW durch zinsgünstige Kredite für Unternehmen erforderlich.

1.2.2 Staatlich geförderte Innovationsfonds

Noch immer gibt es immense Investitionsunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Wirtschaftsstandorten. **Ost-VC-Fonds** mit klarem regionalen Fokus und öffentlicher Beteiligung an ostdeutschen Start-ups können helfen, die Attraktivität und die Stabilität ostdeutscher Regionen zu erhöhen. Diese schließen die Innovationslücken und unterstützen deutlich notwendige Strukturprozesse im Bereich KI, Greentech, Biotech oder Industrie 4.0. **Steuererleichterungen für High-Tech-Unternehmen** in den ersten fünf Jahren unterstützen diese Prozesse. Möglich wird dies durch **Sonderabgaben auf Spekulationsgewinne und Vermögen über 10 Millionen Euro**, die in diese Fonds eingespeist werden. Ebenso ist die **Beteiligung von staatlichen Investitionsbanken** wie der KfW, der IBB oder der SAB denkbar und die Einbindung von großen Unternehmen durch Forschungsprojekte und öffentlich-private Partnerschaften.

1.2.3 Genossenschaftliche und kommunale Modelle fördern

Die Einbindung der Menschen vor Ort in Veränderungsprozesse ist essenziell, um langfristig Akzeptanz politischer Entscheidungen und politische sowie gesellschaftliche Selbstwirksamkeit zu erreichen. **Bürgerenergieparks** sind hier als Beispiel zu nennen, in denen sich Kommunen und Bürger*innen an erneuerbaren Energien beteiligen können. In Thüringen gibt es bereits ein Windenergiebeteiligungsgesetz, eingeführt durch einen grünen Umweltminister, das Kommunen und die Bürger*innen in Gemeinden an der Energiewende beteiligt. **Kommunale Innovationszentren**, also öffentliche Innovationslabore, in denen Start-ups günstig arbeiten können, unterstützen die Wertschöpfung vor Ort. Durch ein **Sondervermögen von 2 Milliarden Euro**, das durch CO₂-Bepreisung refinanziert wird, kann die Anschubfinanzierung gewährleistet werden. Ebenso sind Beteiligungsmodelle für Bürger*innen über Crowdfunding und kommunale Investmentfonds denkbar.

2. Soziale Spannungen und Identität

Die sozialen Spannungen in Ostdeutschland sind keine isolierte Entwicklung, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Während die politische Landschaft des Ostens in den letzten Jahren zunehmend von Unzufriedenheit, Protestwahlverhalten und Radikalisierung geprägt wurde, werden tiefere Ursachen oft unzureichend analysiert.

Ostdeutsche haben strukturell weniger wirtschaftliche Sicherheit, geringere politische Repräsentation und weniger gesellschaftlichen Einfluss als ihre westdeutschen Mitbürger*innen. Dies zeigt sich insbesondere in der Unterrepräsentation in Führungspositionen: Obwohl sie etwa 19 % der Bevölkerung ausmachen, stellen Ostdeutsche lediglich 12,3 % der Spitzenpositionen in Wirtschaft, Medien und Politik. Der Anteil ostdeutscher Bundestagsabgeordneter liegt bei unter 20 %, in den obersten Bundesbehörden (einschließlich Berlin) sind es nur 15 %, ohne Berlin sogar nur 7,8 %. In der Medienbranche stammen nur 8 % der Führungskräfte aus dem Osten, in der Wirtschaft sind es gerade einmal 4 %.

Diese strukturelle Benachteiligung verstärkt ein zentrales Problem: das Gefühl, dass über Ostdeutschland entschieden wird, nicht aber von Ostdeutschen selbst. Dies hat nicht nur Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch für die politische Kultur – Misstrauen gegenüber Institutionen, Entfremdung von demokratischen Prozessen und die Hinwendung zu vermeintlichen Protestparteien sind direkte Konsequenzen dieser langanhaltenden Marginalisierung.

2.1 Gründe für die gesellschaftliche Spaltung

Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Benachteiligung und struktureller Fremdbestimmung resultiert nicht zuletzt aus den ungelösten strukturellen Ungleichheiten der letzten Jahrzehnte. 1990 versprach Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl „blühende Landschaften“. In der Realität sahen sich Menschen in den sogenannten „Neuen Bundesländern“ jedoch mit einer gewissen „Entkernung des Ostens“ konfrontiert. Auf das Versprechen Kohls folgte letztlich der politische Unwille, sich der ostdeutschen Struktur- und Identitätskrise ernsthaft anzunehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Wahrnehmung wirtschaftlicher Benachteiligung, struktureller Fremdbestimmung und der massive Vertrauensverlust in etablierte politische Akteur*innen besonders in den ostdeutschen Bundesländern vorherrschend sind.

2.1.1 Fehlende politische und wirtschaftliche Repräsentation

Die Unterrepräsentation ostdeutscher Perspektiven in zentralen Entscheidungsgremien ist mehr als eine statistische Randnotiz – sie ist ein strukturelles Problem, das sich direkt auf politische Entscheidungen auswirkt.

Die Bundesregierung, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaftsführungen – überall dominiert Westdeutschland. Es gibt kaum gezielte Förderung für ostdeutsche Politiker*innen, Medienschaffende etc. Unternehmenszentralen, Medienhäuser und Forschungseinrichtungen sitzen fast ausschließlich in Westdeutschland, wodurch ostdeutsche Regionen wenig wirtschaftliche Eigenständigkeit entwickeln und von regionaler Wertschöpfung profitieren können.

Der Mitteldeutsche Rundfunk leidet unter mangelnder Relevanz, in anderen großen Medien tauchen ostdeutsche Themen nur zu Wendejubiläen oder „brisanten Landtagswahlen“ auf.

Ostdeutsche Stimmen sind in Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur noch immer unterrepräsentiert.

Dies führt dazu, dass politische und wirtschaftliche Weichenstellungen oft nicht im Sinne Ostdeutschlands getroffen werden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung wenig Raum für ostdeutsche Perspektiven bleibt.

2.1.2 Das anhaltende Erbe der Deindustrialisierung nach 1990

Die gesellschaftlichen Spaltungen in Ostdeutschland sind eng mit dem wirtschaftlichen und sozialen Bruch nach 1990 verbunden. Die rasche Deindustrialisierung durch die Treuhand und die Privatisierungswelle führten nicht nur zu massenhafter Arbeitslosigkeit, sondern auch zu einem grundlegenden Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und wirtschaftliche Versprechungen.

Über Nacht wurden Millionen Jobs vernichtet, Betriebe abgewickelt und ganze Industrien ausradiert. Die soziale Infrastruktur wurde oft nicht mitgedacht, wodurch ganze Regionen wirtschaftlich entkernt wurden. Die Übernahme durch westdeutsche Unternehmen bedeutete nicht nur einen wirtschaftlichen Umbruch, sondern auch eine Hierarchieverschiebung. Westdeutsche Führungskräfte übernahmen nahezu alle relevanten Positionen, während Ostdeutsche in ihren eigenen Betrieben kaum Aufstiegschancen hatten. Dies verstärkte das Gefühl der Fremdbestimmung. Gut ausgebildete Männer und vor allem Frauen wurden über Jahre durch AB-Maßnahmen zu Niedriglöhnen weit unter ihrer Kompetenz beschäftigt. Gerade die gut ausgebildeten Frauen haben massenhaft den Osten verlassen.

Viele ostdeutsche Regionen wurden bewusst als Niedriglohnstandorte entwickelt, statt nachhaltig in Innovation und Wertschöpfung zu investieren. Dies führte langfristig zu einer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen.

Diese historischen Entwicklungen haben das Vertrauen in den Staat, die „westdeutsche“ Politik und wirtschaftliche Transformationsprozesse nachhaltig beschädigt. Wer einmal erlebt hat, dass „blühende Landschaften“ zu Arbeitslosigkeit und Abwanderung führten, wird skeptisch, wenn ihm heute neue wirtschaftliche Versprechen gemacht werden.

2.1.3 Systematische Abwertung ostdeutscher Identität

Neben der wirtschaftlichen und politischen Marginalisierung gibt es eine kulturelle Dimension der gesellschaftlichen Spaltung: Ostdeutsche Lebensrealitäten, Erfahrungen und Identitäten werden in der gesamtdeutschen Debatte systematisch abgewertet oder ignoriert.

Ostdeutsche Geschichte wird oft auf die DDR reduziert, nicht auf die Transformationsleistung nach 1990. Statt einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach der Wende wird Ostdeutschland oft nur als gescheitertes Experiment oder als rechte Hochburg betrachtet.

Viele Narrative in westdeutschen Medien zeichnen den Osten als wirtschaftlich abgehangene, rückständige Region – während erfolgreiche Transformationsprozesse oder innovative Entwicklungen kaum Beachtung finden.

Die Abwanderung ostdeutscher Talente in den Westen verschärft das Problem: Da ostdeutsche Akademiker*innen bis heute oft bessere Aufstiegschancen im Westen haben,

fehlt es in Ostdeutschland an politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungspersönlichkeiten.

2.2 Lösungsansätze und Konzeptskizzen

2.2.1 Verbindliche Zielquoten für ostdeutsche Führungskräfte

Über die Sinnhaftigkeit von Quoten kann diskutiert werden. Die Wahrheit ist jedoch: Auch über 30 Jahre nach der Wende gibt es keine angemessene Repräsentation Ostdeutschlands in Behörden, Medienhäusern etc. **Eine Ostquote von 30 % in Ministerien und Bundesbehörden** kann dazu beitragen, dieses Ungleichgewicht auszugleichen. Dies erfordert keinen zusätzlichen Finanzierungsaufwand, da es sich letztlich um Personalentscheidungen handelt. Ebenso braucht es die gezielte **Medienförderung für ostdeutsche Journalist*innen und Medienschaffende**. Über eine gezielte staatliche Förderung kann dies gewährleistet werden.

2.2.2 Regionale Identität stärken durch Kulturprojekte

Die fehlende gesamtdeutsche Aufarbeitung der DDR-Geschichte, der Wendezeit und der damit verbundenen Transformationsprozesse ist unabdingbar, um zu einer neuen Identifikation der Gesellschaft beizutragen. Das **Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation**, welches die Bundesregierung in Halle (Saale) ansiedeln wird, ist ein wichtiges Projekt dafür. Wichtig ist nun, den Prozess um Planung, Bauzeit und Gestaltung durch **Bürger*innenbeteiligung** so inklusiv wie möglich zu gestalten, sowie die rechtzeitige Fertigstellung des Zukunftszentrums sowie der städtebaulichen Änderungen zu gewährleisten und wo nötig politisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Ebenso tragen vor allem **ostdeutsche Kunst- und Kulturschaffende** in großem Maße durch politische Bildung und Demokratietarbeit zu einer Auflösung gesellschaftlicher Spannungen bei. Durch die gezielte **Förderung ostdeutscher Kunst- und Kulturschaffender** durch die **Aufstockung des Bundeskulturfonds um 500 Millionen Euro** und die direkte **Unterstützung durch Landeshaushalte** wird diese Arbeit langfristig gesichert und demokratiestärkende Projekte werden wertschätzend und vorausschauend behandelt.

3. Bildung und politische Resilienz

Fehlende Demokratieförderung an Schulen, Polarisierung durch Desinformationskampagnen und Verschwörungserzählungen sowie die politische Entfremdung vieler Menschen, vor allem in strukturschwachen Regionen, gefährden bereits jetzt nachweislich demokratische Prozesse. Geringe Parteibindung und eine deutlich größere Skepsis gegenüber politischen Eliten sind im Osten weiterhin auffällig. Durch gezielte Investitionen in politische Bildung, Jugend- und Bürger*innenbeteiligung sowie Medienkompetenz schaffen wir eine resilientere politische Gesellschaft.

3.1 Lösungsansätze und Konzeptskizzen

3.1.1 Demokratie-Cafés und Bürger*innenräte

Lokale Gesprächsformate in strukturschwachen Regionen sorgen für eine bessere Einbindung der Menschen in notwendige Prozesse vor Ort und erhöhen nachweislich deren Akzeptanz. Es muss daher Aufgabe aller demokratischen Parteien sein, den direkten Kontakt mit Bürger*innen vor allem außerhalb der Wahlkampfzeiten verstärkt in den Fokus zu nehmen. Diese Aufgabe darf nicht nur Amts- und Mandatsträger*innen vorbehalten sein, sondern muss sich bereits im Angebot der Kreis- und Ortsverbände widerspiegeln.

Bürgerräte mit echtem Budget zur lokalen Entscheidungsfindung können als zusätzliches Angebot zur etablierten Parteienlandschaft politische Akteur*innen unterstützen und politische Entscheidungsprozesse verbessern. Über die Wirksamkeit von Bürgerräten ist bereits hinreichend Positives publiziert worden. **Kommunale Budgets, unterstützt durch einen Demokratiefonds von jährlich 200 Millionen Euro, gewährleisten** die notwendige Finanzierung. Dorferneuerungsprogramme können helfen, gerade in ländlichen Räumen neue Impulse zu setzen und Zukunftsvisionen für das eigene Lebensumfeld zu schaffen.

3.1.2 Politische Bildung in den Lehrplänen

Entgegenwirkend zu Demokratie zersetzenden Prozessen durch Desinformationskampagnen etc. braucht es strukturelle Veränderungen in den Lehrplänen aller Bundesländer. Wichtig hierbei ist vor allem, dass die dort formulierten Maßnahmen nicht nur auf dem Papier nett klingen, sondern tatsächlich direkt umsetzbar sind. Außerdem wird die **Fortbildung von Lehrkräften im Bereich der politischen Bildung** gefördert. Die **Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten zwischen Ost und West** wird verpflichtender Bestandteil in den Lehrplänen aller Bundesländer. Die Umsetzung dieser Projekte erfolgt bspw. durch eine **Erhöhung der Bildungshaushalte um 200 Millionen Euro**.

3.1.3 Deradikalisierungsmaßnahmen, Gewaltprävention, Opferschutz

Der Bund und die Länder verpflichten sich zur flächendeckenden **Förderung nicht-staatlicher Beratungsangebote** im Bereich der Deradikalisierung, von Aussteiger*innenprogrammen aus extrem rechten Milieus sowie Anlaufstellen für Betroffene rechter, rassistischer, queerfeindlicher, antisemitischer, sozialdarwinistischer und antiromaischer Gewalt sowie deren Angehörige. Weiterhin braucht es flächendeckende **Beratungsstellen gegen Verschwörungserzählungen**. Angehörige werden hier im Umgang mit Menschen, die in Verschwörungs- und Radikalisierungsspiralen geraten sind, beraten. Die Finanzierung erfolgt hier bspw. über eine Erhöhung des Programmes „Demokratie leben“ sowie über jährliche Mittel an die Opferfonds.

4. Die Rolle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Wahlen 2024/2025 haben noch eine Sache gezeigt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spielen in Ostdeutschland kaum noch eine Rolle. Die Partei ist aus mehreren Landtagen geflogen, hat an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren und schafft es nicht, sich aus ihrer von CDU und AfD geschaffenen Rolle des Feindbilds zu lösen. Während unser Selbstverständnis auf sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz und internationaler Solidarität beruht, werden wir von den Menschen in Ostdeutschland überwiegend als überhebliche Verbotspartei und akademisches Elitenprojekt wahrgenommen. Das liegt nicht zuletzt auch an der Tatsache, dass wir es bisher nicht ausreichend geschafft haben, ernsthafte Bündnisse mit Gewerkschaften, Mieterverbänden, Sozialverbänden und anderen Akteur*innen im Kampf um soziale Gerechtigkeit zu schmieden. Weiterhin stellt sich die Frage, ob wir allein mit unserem Fokus auf Natur- und Klimaschutz – ohne dem Thema seine Relevanz absprechen zu wollen – v. a. in den ostdeutschen Bundesländern noch wirkliche politische Handlungsspielräume schaffen können oder ob wir nicht auch wieder auf unsere Vergangenheit aus der Bürgerrechtsbewegung bauen, Antifaschismus konsequent zu Ende denken und die sozialpolitische Lücke, die auch die SPD öffnet, füllen wollen. Denn am Ende zeigen sich bereits jetzt gravierende Erosionen unserer Demokratie – und einen Backlash, wie er gerade von Rechtskonservativen vorbereitet wird, können wir weder historisch verantworten noch ernsthaft unbeantwortet lassen. Schon jetzt haben wir in den ostdeutschen Bundesländern instabile Regierungen, teilweise als Minderheitsregierungen mit zusätzlich kaum abschätzbaren Koalitionären wie dem BSW. Außerdem erleben wir zusätzlich gerade auch qualitativ schlechte Regierungsführungen und durch den Fachkräftemangel in den Verwaltungen spitzen sich die ungelösten Probleme deutlich zu. Gleichzeitig sind die kommenden Jahre entscheidend: 2026 stehen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern an, mit Umfragen, die CDU und AfD in Sachsen-Anhalt bei über 60 % sehen. Ohne einen radikalen Kurswechsel droht die Partei in weiten Teilen des Ostens irreversibel marginalisiert zu werden – denn die eigene politische Irrelevanz zeichnet sich immer mehr ab.

Um dem entgegenzuwirken, muss BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Strategie grundlegend überdenken: weniger moralisierende Ansätze, stärkere Wahrnehmung von Lebensrealitäten, konkrete wirtschaftliche Perspektiven, nachvollziehbare Kommunikationsstrategien und eine klare soziale Dimension. Dazu gehört auch, das Problem klar als das zu benennen, was es ist: Die Gefahr des aufkeimenden Faschismus ist keine theoretische Angst mehr, sondern Lebensrealität.

Das Ziel muss sein, in Ostdeutschland wieder als gestaltende Kraft wahrgenommen zu werden – nicht als ein urbanes Elitenprojekt aus dem Westen.

4.1 Ursachen des Niedergangs der Grünen in Ostdeutschland

Es hilft nichts, bei sinkenden Umfragewerten den Kopf in den Sand zu stecken – es hilft aber auch nicht, so weiterzumachen wie bisher. Es braucht eine ernsthafte, sachliche Analyse der Gründe, wieso BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den ostdeutschen Bundesländern nicht an Zustimmung gewinnen konnten.

4.1.1 Politische Faktoren

4.1.1.1 Fehlende Verwurzelung in der ostdeutschen Gesellschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden in Ostdeutschland nie wirklich als Partei „von hier“ wahrgenommen. Wichtige ostdeutsche Köpfe fehlen oder sind medial nicht präsent. Von den zwei ostdeutschen Ministerinnen im Kabinett Scholz war keine medial ausreichend präsent oder konnte einen großartigen Bekanntheitsgrad vorweisen. Zusätzlich fehlt es seit Jahren an einer ernsthaften ostdeutschen Strategie der Gesamtpartei und die Forderungen und Hinweise aus den ostdeutschen Bundesländern werden selten ernst genommen, geschweige denn in politisches Handeln übersetzt. Außerdem schaffen es Landes- und Kreisverbände der Partei selten, sich ernsthaft, langfristig und nachhaltig mit den Menschen vor Ort zu vernetzen und Bündnisse aufzubauen. Der Austausch mit der Zivilgesellschaft wird oft vernachlässigt und man verliert sich in Selbstbeschäftigung, internen Diskussionen und abstrakten Programmprozessen. Die Partei wird stark mit westdeutschem Akademikermilieu und Großstadtpolitik assoziiert. Das liegt auch an der Debattenkultur und dem Personal. Wenn ostdeutsche Perspektiven auf Bundesparteitagen oder anderen bundespolitischen Veranstaltungen ebenso wenig eine Rolle spielen wie die gezielte Förderung ostdeutscher Verantwortungsträger*innen, fehlt intern das Verständnis für ihre Realität. Das sendet auch ein fatales Signal an die ostdeutsche Zivilgesellschaft. Diese ist seit der Wende politisch immer wieder ausgespart, übersehen und allein gelassen worden. Damit müssen wir als Bündnispartei brechen und Brücken bauen, wo uns dies noch möglich ist. Wichtige Politikfelder wie Infrastruktur, Wirtschaftsombau oder soziale Absicherung wurden vernachlässigt. Die mit Transformationsprozessen einhergehenden Verunsicherungen wurden gerade mit Blick auf den Osten nicht ernst genug genommen und werden auch von uns unzureichend konkret aufgegriffen oder behandelt.

4.1.1.2 Angriffe durch CDU und AfD als „Feindbild“

Die CDU hat u. a. in Sachsen und Thüringen strategisch entschieden, die Grünen als „Hauptgegner“ zu inszenieren, um sich selbst gegen die AfD zu profilieren. Dass die Union auf kommunalpolitischer Ebene bereits an mehreren Stellen mit der AfD zusammengearbeitet hat, fällt dabei hinten unter. Die AfD nutzt die Grünen als Projektionsfläche für vermeintliche „Bevormundungspolitik“ (z. B. Tempolimit, Heizungsdebatte, Energiewende). In konservativen Medien (z. B. Bild, Welt, Tichys Einblick) wird systematisch das Narrativ gefördert, dass die Grünen „gegen die normalen Leute“ seien – und diese Meinung verfängt. Wir schaffen es weiterhin nicht, diesen Narrativen ernsthaft etwas entgegenzusetzen und uns aus diesen zu lösen.

4.1.1.3 Regierungsbeteiligung ohne Profilgewinn

Trotz Regierungsbeteiligungen in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt gelang es den Grünen kaum, als zentrale Kraft wahrgenommen zu werden. Dass grüne Erfolge in den Landesregierungen untergehen, liegt nicht zuletzt daran, dass unpopuläre Maßnahmen (Polizeigesetze, Haushaltskürzungen etc.) mitgetragen wurden, ohne dafür Zuspruch von Wähler*innen zu erhalten. Auch die Bundestagswahl hat gezeigt: Wir werden von zu vielen Menschen als eine Partei wahrgenommen, die mit ihren eigenen Werten bricht, menschenfeindliche Politik mitträgt und damit den Rechtsruck mitverantworten hat. Auch wenn man über diese Kritik unterschiedlicher Auffassung sein mag, muss anerkannt werden: Wir befinden uns im Spannungsfeld zwischen Union und AfD auf der einen und Linkspartei auf der anderen Seite – und schaffen es nicht, uns daraus zu lösen.

4.1.2 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren

4.1.2.1 Klimapolitik wird als Bedrohung, nicht als Chance gesehen

Die grüne Transformation wird in Ostdeutschland nicht mit Zukunft, sondern mit Arbeitsplatzverlusten assoziiert. Das ist nicht verwunderlich, wenn wir uns ernsthaft mit der Geschichte dieser Regionen auseinandersetzen. Nach 1990 kam es zu einem massiven wirtschaftlichen Umbruch, in dessen Folge Millionen Jobs verloren gingen – insbesondere in der Schwerindustrie, Kohle, Chemie und Landwirtschaft. Ganze Regionen wurden deindustrialisiert, viele Menschen erlebten, dass Veränderung nicht zu Aufschwung, sondern zu Arbeitslosigkeit und Abwanderung führte. Gleichzeitig wurde den Menschen in Ostdeutschland das Gefühl vermittelt, dass ihre Arbeit im Vergleich zur westdeutschen Industrie wertlos und qualitativ minderwertiger sei. Dieses Transformationstrauma hat ein tiefes Misstrauen gegenüber „neuen Versprechen“ und auch „dem Westen“ hinterlassen – und viele sehen in der grünen Transformation eine Wiederholung dieser traumatischen Erfahrung.

Weiterhin sind viele ostdeutsche Regionen stark von energieintensiven Industrien oder fossilen Brennstoffen abhängig (z. B. Braunkohle in der Lausitz und Mitteldeutschland, Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt). Die Dekarbonisierung trifft diese Regionen besonders hart. Die Automobilindustrie und die dazugehörige Zuliefererindustrie, wichtige Arbeitgeber (z. B. VW in Zwickau, Porsche und BMW in Leipzig, Opel in Eisenach), befinden sich im Umbruch durch den Übergang zur E-Mobilität – was Arbeitsplatzabbau durch effizientere Produktionsprozesse bedeutet.

In Westdeutschland konnten sich über Jahrzehnte hinweg breit diversifizierte Wirtschaftsstrukturen entwickeln, da es dort eine kontinuierliche Industrialisierung, starke mittelständische Unternehmen und stabile Netzwerke aus Forschung, Kapital und Großunternehmen gab. In Ostdeutschland hingegen führte die planwirtschaftliche Zentralisierung der DDR zu einer Monostruktur vieler Regionen, die nach 1990 durch die abrupte Deindustrialisierung und den fehlenden Erhalt großer Kombinate nicht organisch durch neue Wirtschaftszweige ersetzt werden konnte. Schlichtweg fehlen in vielen ostdeutschen Regionen zukunftsfähige Alternativen. Investitionen in grüne Technologien kommen oft langsamer in Ostdeutschland an, und es gibt weniger große Unternehmen und Start-ups als in westlichen Metropolen. Neue grüne Jobs entstehen oft nicht dort, wo alte Jobs verloren gehen – Kohlekumpel aus der Lausitz können nicht einfach Softwareentwickler in Berlin werden.

Viele Ostdeutsche haben das Gefühl, dass die Transformation über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Es gibt kaum Mitspracherechte für Arbeitnehmer*innen bei Strukturwandelprojekten, Fördergelder und Investitionen fließen oft nach Westdeutschland oder in Großstädte wie Berlin – ländliche Regionen fühlen sich abgehängt. Erneuerbare Energien werden oft als „fremdbestimmte Projekte“ empfunden – große Investoren, keine lokale Wertschöpfung.

4.1.2.2 Ungleichheit bei Löhnen und Tarifbindung

Die Löhne in Ostdeutschland sind im Durchschnitt 20–25 % niedriger als im Westen, gleichzeitig ist die Tarifbindung geringer. Das liegt auch an der schlechter ausgeprägten gewerkschaftlichen Organisation in Ostdeutschland – auch dafür gibt es mehrere strukturelle und historische Gründe. Der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) der DDR war keine echte Arbeitnehmer*innenvertretung, sondern eine staatlich gelenkte Gewerkschaft, welche die Politik der SED mittrug. Nach der Wiedervereinigung verbanden

viele Ostdeutsche Gewerkschaften mit Staatsnähe, Fremdbestimmung und Ineffektivität, was zu einem generellen Misstrauen gegenüber gewerkschaftlicher Organisation führte. Rechtskonservative und neoliberale Narrative bauen auf diesem Misstrauen auf.

Mit der Treuhand-Abwicklung wurden viele Betriebe privatisiert, abgewickelt oder von westdeutschen Konzernen übernommen, die oft keine ostspezifischen Tarifverträge übernahmen. Zudem wurden zahlreiche Unternehmen als tariflose, kleinere Einheiten neu gegründet, wodurch gewachsene Gewerkschaftsstrukturen fehlten. Auch der deutlich geringere Anteil von Großbetrieben in Ostdeutschland und die Dominanz von kleinen und mittelständischen Unternehmen spielen eine große Rolle, denn diese sind oft nicht tarifgebunden. Die Sorge, dass gewerkschaftliches Engagement als „unbequem“ wahrgenommen wird und die eigene Stelle gefährden könnte, hält viele von einer Mitgliedschaft ab. Viele Ostdeutsche arbeiten in unsicheren oder befristeten Jobs oder pendeln weit, z. B. nach Westdeutschland – das erschwert gewerkschaftliche Organisation. Ebenso sind Leiharbeit und Werkverträge stärker verbreitet, was ebenfalls gewerkschaftliches Engagement erschwert.

Die aus dem Transformationstrauma resultierende Unsicherheit verstärkt die Angst, dass die grüne Transformation zu weiteren Verschlechterungen statt zu Verbesserungen führt. Unsere fehlende oder unzureichende Verbindung zu Gewerkschaften, Betrieben und Arbeiter*innen erschwert, dass wir uns als Partei mit ernstzunehmendem sozialem Profil positionieren, das diese beschriebenen Sorgen und Ängste ernst nimmt und gezielt Lösungen dafür entwickelt.

4.1.2.3 Soziale Themen wurden zu wenig besetzt

Während in Westdeutschland Klima und Gesellschaftspolitik dominieren, sind im Osten soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität entscheidend. Zahlreiche Gründe wurden in diesem Papier bereits skizziert,

Die Grünen haben keine starke Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung oder zu Arbeiter*innenmilieus. Wir sind weder gut mit Gewerkschaften vernetzt noch ernsthaft im Diskurs um Arbeitnehmer*innenrechte wahrnehmbar. Es reicht eben nicht, alle paar Jahre zum Streik zu gehen, danach aber keine politischen Lösungen oder wenigstens weitere Gespräche anzubieten. Themen wie Rente, Tarifbindung und Arbeitsmarkt werden oft anderen Parteien überlassen, und das, obwohl auch die SPD als ehemalige Arbeiter*innenpartei in Ostdeutschland aufgrund schwindender Zustimmungsraten eine Lücke lässt, die gerade von der rechtsextremen AfD gefüllt wird. Dass es gerade keine demokratische Partei schafft, sich anstatt der AfD als Partei der Arbeitnehmer*innen zu etablieren, mag als marginales Problem erscheinen, ist aber einer der Hauptgründe für die Radikalisierung und illiberale Transformation des Ostens. Es muss daher unser dringender Fokus sein, diese Lücke ernsthaft füllen zu wollen und die entsprechenden Maßnahmen dafür zu treffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat es, wie viele andere Parteien, nicht geschafft, sich ernsthaft mit den Problemen, Herausforderungen und Chancen Ostdeutschlands auseinanderzusetzen und eine eigene Rolle in dieser politischen Lage zu formulieren.

4.2 Strategische Neuausrichtung der Grünen in Ostdeutschland

Bisherige Ansätze zur Stärkung der Grünen in Ostdeutschland waren oft zu punktuell, zu personenzentriert oder nicht langfristig genug gedacht. Eine echte Transformation erfordert, dass wir unsere personellen, strukturellen und strategischen Kapazitäten massiv ausbauen. Eine strategische Neuausrichtung ist besonders in drei Punkten ausschlaggebend für das Fortbestehen grüner Politik in Ostdeutschland.

4.2.1 Politische Schwerpunkte anpassen

4.2.1.1 Neue wirtschaftliche Perspektiven für Ostdeutschland schaffen

Statt nur auf Klimaschutz sollten wir unseren Fokus zukünftig auch auf Strukturpolitik und konsequenten Antifaschismus setzen. **Wir wollen keine Zwangsprojekte, sondern wirtschaftliche Chancen und Fortschritte.** Wir fördern Bürgerenergie-Modelle, damit Gewinne in der Region bleiben, binden Mittelstand und Handwerk aktiv ein, statt nur auf Großunternehmen zu setzen, und gehen mit den Beschäftigten wieder verstärkt in den Austausch. Grüne Wirtschaftspolitik richten wir stärker an sozialen Kriterien aus. Dazu dürfen wir nicht nur Tarifbindung und Mindestlohn als Kernforderung stärken, sondern arbeiten aktiv an politischen Mehrheiten. Soziale Absicherung für Berufsgruppen in der Transformation wollen wir bspw. durch Umschulungen oder Abfindungsmodelle ausbauen. Ebenso fokussieren wir uns auf Mieterschutz- und Wohnpolitik. Bezahlbares Wohnen ist eines unserer Kernthemen, also etablieren wir es auch wieder als solches. Dazu gehört auch, mit Wohnungsgenossenschaften ebenso in den Austausch zu treten wie mit Mieter*innen. Wo immer Mieter*innen Ungerechtigkeiten erfahren, erhöhen wir den Druck auf diejenigen, die davon profitieren.

4.2.2.2 Sozialpolitik mit regionalem Fokus betreiben

Statt auf Vorgaben aus dem Bund setzen wir auf mehr kommunale Förderung. Städte und Gemeinden müssen direkte Förderungen für Strukturwandelprojekte erhalten. Unterstützend dafür fordern wir die Einführung eines ostdeutschen Transformationsfonds (ähnlich dem Solidarpakt).

Bürger*innen nehmen wir stärker in den Blick – als Partei, aber auch in politischen Willensbildungsprozessen. Regionale Bürgerräte bspw. zu Klimapolitik und Energiewende können hier als direkte Demokratieformate auf kommunaler Ebene positive Effekte erzielen. Soziale Fragen, aber auch Fragen der Gesundheitsversorgung holen wir wieder stärker als Handlungsstrang auf die kommunale Ebene, bspw. durch die Förderung quartiersbezogener Gesundheitsversorgung.

4.2.2 Parteistrukturen und Selbstverständnis anpassen

4.2.2.1 Ostdeutschland geht alle an

Wenn wir auch in den ostdeutschen Bundesländern eine relevante Kraft bleiben und wachsen wollen, müssen wir dringend handeln. Dafür braucht es ein Umdenken innerhalb der gesamten Partei: **Was im Osten passiert, ist nicht nur ein ostdeutsches Thema, sondern eine gesamtparteiliche Aufgabe.**

Daraus ergeben sich mehrere Maßnahmen:

- **Ostdeutschland als Querschnittsthema:** Jedes grüne Fachressort – von Sozial- über Wirtschafts- bis hin zur Klimapolitik – muss explizit ostdeutsche Perspektiven

mitdenken. Dazu gehören strukturelle Besonderheiten, wirtschaftliche Entwicklungspotenziale und politische Herausforderungen in der Region.

- **Einbindung aller Akteur*innen:** Der Bundesvorstand entwickelt eine Strategie, die nicht nur mit den ostdeutschen Landesverbänden abgestimmt ist, sondern auch mit verbündeten Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen, Gewerkschaften, Kulturschaffenden und Unternehmer*innen. Der Austausch mit Initiativen, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz in Ostdeutschland engagieren, wird institutionalisiert.
- **Bildungs- und Austauschangebote:** Ein Schulungsprogramm für Basismitglieder, Funktionär*innen und Wahlkampfverantwortliche wird geschaffen. Es vermittelt Wissen über die Spezifika ostdeutscher Politik, regionale Konfliktlinien und gesellschaftliche Herausforderungen.
- **Ostkongress als Signal- und Strategieplattform:** Ein regelmäßiger Ostkongress auf Bundesebene soll Debatten, Vernetzung und Strategieentwicklung für Ostdeutschland bündeln. Dabei müssen ostdeutsche Stimmen dominieren, aber auch westdeutsche Funktionsträger*innen teilnehmen, um die gesamtparteiliche Verantwortung zu verankern. Nicht zuletzt müssen die Exil-Ostdeutschen in den westdeutschen Bundesländern stärker ernstgenommen und mit ihrer Kompetenz und Erfahrung eingebunden werden.

4.2.2.2 Personelle Neuausrichtung

Die Präsenz ostdeutscher Politiker*innen innerhalb der Partei ist aktuell unzureichend und oft symbolisch. Es reicht nicht, nur eine Person im Bundesvorstand zu haben, die aus Ostdeutschland kommt oder sich dem Thema „Ostdeutschland“ annimmt.

Die Herausforderungen in der Region sind zu groß, die strukturellen Probleme zu tief verwurzelt, um sie an einzelne Personen zu binden oder mit punktuellen Maßnahmen zu bearbeiten. Eine ehrliche Bestandsaufnahme zeigt: Unsere bisherigen Ansätze haben nicht ausgereicht, um als Partei in Ostdeutschland nachhaltigen Fuß zu fassen. Deshalb braucht es eine grundlegende personelle und strategische Neuausrichtung, die auf mehreren Ebenen ansetzt.

- **Taskforce Ost als ständiges Gremium:** Es braucht ein permanentes innerparteiliches Beratungsgremium, das direkt mit dem Bundesvorstand arbeitet. Diese Taskforce setzt sich aus führenden ostdeutschen Politiker*innen, lokalen Akteur*innen und grünnahen Expert*innen zusammen und bringt regelmäßig Impulse für die Bundespartei ein.
- **Verbindliche Beteiligung ostdeutscher Funktionär*innen:** Es darf nicht sein, dass ostdeutsche Stimmen in der Partei oft nur dann Gehör finden, wenn Wahlen bevorstehen oder Krisen eskalieren. Eine strukturelle Einbindung in Strategieprozesse, Wahlkampfplanung und thematische Fachgruppen ist notwendig.
- **Mehr ostdeutsche Präsenz in Führungspositionen:** Eine Partei, die sich Vielfalt auf die Fahnen schreibt, muss auch regionale Repräsentanz ernst nehmen. Daher sollte für alle Bundesgremien eine Mindestanzahl ostdeutscher Mitglieder festgeschrieben werden.
- **Aufbau eines Förderprogramms für ostdeutsche Talente:** Um gezielt mehr ostdeutsche Kandidat*innen für Wahlen und Führungspositionen aufzubauen, schaffen wir ein Programm für Mentoring und politische Nachwuchsförderung. Dieses Programm soll gezielt Mitglieder aus den ostdeutschen Bundesländern unterstützen, politisch sichtbarer zu werden und Verantwortung zu übernehmen.
- **Netzwerk für ostdeutsche Wahlkämpfer*innen und Strateg*innen:** Unsere Kampagnen- und Kommunikationsstrategien orientieren sich zu oft an

westdeutschen Großstadtmilieus. Ein strategisches Netzwerk aus ostdeutschen Wahlkämpfer*innen, Kommunikator*innen und Organizing-Expert*innen soll sicherstellen, dass künftige Wahlkämpfe stärker auf ostdeutsche Realitäten eingehen.

4.2.2.3 Unterstützung ostdeutscher Landes- und Kreisverbände

Die strukturellen Herausforderungen für die Grünen in Ostdeutschland sind nicht nur politischer, sondern auch finanzieller Natur. Viele ostdeutsche Kreis- und Landesverbände arbeiten unter schwierigen Bedingungen: geringe Mitgliederzahlen, schwache Spendenbasis und ein hohes Maß an ehrenamtlicher Arbeit ohne ausreichende hauptamtliche Unterstützung. Bereits jetzt läuft der Aufbau langfristiger Partnerschaften zwischen ostdeutschen und westdeutschen Kreisverbänden.

Die bisherigen Strukturen und Finanzierungsmechanismen haben dazu geführt, dass ostdeutsche Kreis- und Landesverbände oft unterfinanziert und unterbesetzt sind. Das schwächt nicht nur den Wahlkampf, sondern auch die langfristige Präsenz der Grünen in der Region.

Während der Bundestagswahlkampf gezeigt hat, dass gezielte finanzielle Unterstützung Wirkung entfalten kann, brauchen wir eine dauerhafte, systematische Finanzierung für Ostdeutschland.

Wir setzen deshalb auf folgende Maßnahmen:

- **Sonderbeitrag für strukturschwache Kreisverbände:** Wir schaffen einen parteiinternen Ausgleichsmechanismus, bei dem ein fester Anteil der Mitgliedsbeiträge in einen „Ost-Fonds“ fließt. Dieser Fonds wird gezielt für Kreisverbände in strukturschwachen Regionen genutzt, um Ortsbüros, Materialien, Organizing-Projekte und Personalstellen zu finanzieren. Der Sonderbeitrag wird dynamisch an die finanzielle Lage der Landesverbände gekoppelt, sodass gut aufgestellte Verbände solidarisch schwächere Regionen unterstützen.
- **Ausbau der Regionalgeschäftsführungen:** Das Modell, das sich in Sachsen-Anhalt bewährt hat, wird auf alle ostdeutschen Landesverbände ausgedehnt. Diese Regionalgeschäftsführer*innen übernehmen strategische Beratung, Mitgliederaufbau, Kampagnenkoordination und die Unterstützung der Kreisverbände in organisatorischen Fragen. Der Bundesverband sichert zu, dass mindestens eine finanzierte Stelle pro Landesverband geschaffen wird, zusätzlich zu lokalen Unterstützungsstrukturen in Regionen mit besonders schwacher Infrastruktur.
- **Langfristiges Finanzierungsmodell:** Die Partei etabliert eine jährliche Strukturförderung für Ostdeutschland, die über Wahlkämpfe hinausgeht. Eine bundesweite Spendenkampagne wird initiiert, um explizit Gelder für den Strukturaufbau ostdeutscher Kreisverbände zu generieren. Private Unterstützer*innen, Unternehmen und Förderinitiativen sollen gezielt für die Förderung demokratischer Strukturen im Osten gewonnen werden.
- **Erweiterung des Workshop- und Weiterbildungsangebots:** Wir richten unser Workshop- und Trainingsangebot speziell auf die ostdeutschen Bedarfe aus. Das bedeutet:
 - Organizing in ländlichen Räumen – Mitgliedergewinnung, Mobilisierung und Wahlkampfführung in schwach besiedelten Gebieten.

- Umgang mit rechten Strukturen – spezielle Schulungen für Kommunalpolitiker*innen und Ehrenamtliche im Umgang mit rechten Bedrohungen, Desinformationskampagnen und Polarisierung.
 - Soziale und wirtschaftliche Themen stärker besetzen – Trainings für eine effektivere Ansprache ostdeutscher Wählergruppen.
 - Jährlich wird eine Strategietagung für ostdeutsche Kreisverbände durchgeführt, um Best Practices auszutauschen und erfolgreiche Modelle zu skalieren.
- **Solidarische Mittelverteilung:** Eine Evaluation der finanziellen Mittelvergabe innerhalb der Partei wird durchgeführt, um sicherzustellen, dass ostdeutsche Landesverbände gerecht ausgestattet sind. Wir setzen uns für eine gerechtere Beteiligung der ostdeutschen Verbände an zentralen Parteifinzen ein – mit einer stärkeren Verankerung in der Satzung der Grünen.

4.2.2.4 Mehr Aufmerksamkeit für ostdeutsche Themen in der Bundespartei

Die Herausforderungen, Perspektiven und politischen Debatten in Ostdeutschland sind nicht nur ein Thema für die ostdeutschen Landesverbände, sondern müssen fest in der gesamten Partei verankert werden. Wir haben den Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein – das bedeutet, dass ostdeutsche Realitäten, Stimmen und Problemlagen nicht als Randthema behandelt werden dürfen.

Bisher sind ostdeutsche Themen in der Bundespartei oft nur punktuell präsent. Eine dauerhafte Sichtbarkeit und strukturelle Verankerung ostdeutscher Herausforderungen und Perspektiven ist notwendig, um als Partei glaubwürdig zu bleiben und die politische Arbeit in den neuen Bundesländern zu stärken.

Dazu braucht es strukturelle Maßnahmen, um ostdeutsche Themen sichtbarer zu machen, sowohl innerhalb der Partei als auch in der bundesweiten Kommunikation.

- **Einführung eines monatlichen „Ost-Updates“ auf Bundesebene:** Der Bundesverband veröffentlicht ein regelmäßiges „Ost-Update“, das über die politische Lage, Herausforderungen und Entwicklungen in den ostdeutschen Landesverbänden informiert. Dieses Update wird fester Bestandteil der internen Parteikommunikation (z. B. in Mitglieder-Newslettern, Sitzungen des Bundesvorstands, Fraktionssitzungen). Es enthält Berichte aus den ostdeutschen Kreis- und Landesverbänden, politische Analysen, Best-Practice-Beispiele und Handlungsbedarfe.
- **Verbindliche Präsenz ostdeutscher Themen in Parteimedien, Social Media und Kampagnen:** Regelmäßige Interviews, Gastbeiträge und Berichte aus ostdeutschen Regionen in Mitgliederzeitungen, Social-Media-Kanälen und offiziellen Publikationen der Partei erhöhen die Sichtbarkeit ostdeutscher Perspektiven. Außerdem bedarf es einer stärkeren Sichtbarkeit von ostdeutschen Grünen-Politiker*innen und Aktivist*innen in bundesweiten Kampagnen. In den Fokus nehmen wir auch Politiker*innen, die mit ihren ostdeutschen Erfahrungen nun in westdeutschen Landesverbänden Politik machen.
- **Themen, die in Ostdeutschland besonders relevant sind, müssen zentrale Kampagnenschwerpunkte sein.**
- Ein **Social-Media-Format** gibt regelmäßig ostdeutschen Mitgliedern, Kandidat*innen und Initiativen eine Plattform.

- **Regelmäßige Besuche von Bundespolitiker*innen in strukturschwachen Regionen:** Bundespolitiker*innen besuchen nicht nur zu Wahlkampfzeiten ostdeutsche Regionen, sondern sind kontinuierlich vor Ort präsent, um direkte Gespräche mit Bürger*innen und lokalen Initiativen zu führen.
- **Grüne Bundespolitik mit ostdeutschen Perspektiven erweitern:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine stärkere wirtschaftliche, soziale und strukturelle Förderung Ostdeutschlands in ihren bundesweiten Programmen ein.
- Jährliche „**Ost-Klausur**“ **innerhalb der Bundestagsfraktion** zur Festlegung von politischen Schwerpunkten für Ostdeutschland.

4.2.3 Kommunikationsstrategie anpassen

Die Art und Weise, wie wir in Ostdeutschland kommunizieren, entscheidet maßgeblich darüber, ob wir als glaubwürdige und ernstzunehmende Kraft wahrgenommen werden. Unsere Sprache und unser Framing müssen sich weg von moralischer Überlegenheit und vermeintlicher Verbotspolitik hin zu lösungsorientierten, pragmatischen und lebensnahen Botschaften bewegen. Der Fokus muss auf wirtschaftlicher Sicherheit, sozialer Gerechtigkeit und regionaler Identität liegen.

4.2.3.1 Lebensrealitäten abbilden

Unsere größte Kommunikationslücke in Ostdeutschland ist das Gefühl, dass wir an den Lebensrealitäten vieler Menschen vorbeireden. Themen müssen dort ansetzen, wo die Sorgen der Menschen liegen – nicht an abstrakten ökologischen Idealen oder technologischen Visionen.

Anstatt abstrakte Klimaschutzziele oder restriktive Maßnahmen in den Vordergrund zu stellen, müssen wir klare wirtschaftliche Vorteile und soziale Verbesserungen betonen. Wir müssen politische Veränderungen so kommunizieren, dass sie greifbare Vorteile für die Menschen in ihrem Alltag bringen. Und: Erfolge dürfen nicht weltfremd wirken. Das neue Taubenschutzhause oder eine Förderung für Lastenräder kann nicht als Erfolg gefeiert werden, während gleichzeitig wichtige industrielle Großprojekte wie INTEL in Magdeburg scheitern oder Wohnkosten explodieren.

Unsere Kommunikation muss bewusst an ostdeutsche Erfahrungen und Identitäten anknüpfen, unsere politischen Konzepte müssen so formuliert werden, dass sie auf Straßenfesten, in Sportvereinen und bei Betriebsversammlungen verständlich sind.

- **Die richtigen Themen zur richtigen Zeit:** Politik darf nicht realitätsfremd oder unpassend wirken. Wenn Menschen Angst vor steigenden Mieten haben, ist Balkonkraftwerk-Werbung im Wahlkampf fehl am Platz. Wenn in einer Region eine große Fabrik schließt, muss der Fokus auf Wirtschaftsförderung und neuen Jobs liegen – nicht auf Verkehrswende oder Ernährungsfragen.
- **Dynamische Kommunikationsstrategie:** Themen müssen je nach Region und aktueller Lage flexibel angepasst werden. Ein frühes Monitoring ostdeutscher Debatten kann helfen, Themen rechtzeitig zu setzen.
- **Die ostdeutsche Perspektive aktiv in die eigene Kommunikation einbauen:** Wir erkennen wertschätzend an, dass Ostdeutschland eine andere Transformationsgeschichte hat als Westdeutschland. Dazu gehört es, Menschen

ernst zu nehmen, die sich in politischen Debatten oft als „abgehängt“ oder „übersehen“ fühlen.

- **Positives Framing ostdeutscher Erfolge:** Statt nur über Probleme zu sprechen, sollten wir positive ostdeutsche Erfolgsgeschichten sichtbar machen – z. B. grüne Innovationen, lokale Wirtschaftsprojekte oder engagierte Bürgerinitiativen.

4.2.3.2 Authentische ostdeutsche Stimmen in den Vordergrund stellen

Eine glaubwürdige Ost-Strategie funktioniert nur, wenn wir ostdeutsche Persönlichkeiten sichtbar machen und gezielt fördern. Der Eindruck, dass Entscheidungen von Westdeutschen über Ostdeutschland hinweg getroffen werden, muss aktiv aufgebrochen werden. Dafür bedarf es:

- **Mehr ostdeutsche Führungskräfte in Partei und Fraktionen**
- **Gezielte Medienpräsenz in ostdeutschen Leitmedien:** Direkte Medienansprache statt nur über überregionale Presse kann folgendermaßen gewährleistet werden:
 - Regelmäßige Hintergrundgespräche mit ostdeutschen Redaktionen.
 - Exklusive Interviews mit ostdeutschen Medien statt nur mit überregionalen Formaten.
 - Bundespolitiker*innen gezielt in ostdeutschen Radios und Zeitungen platzieren – nicht nur in Krisenzeiten, sondern kontinuierlich.
- **Social Media stärker regional aussteuern:** Grüne Inhalte müssen stärker an ostdeutsche Themen angepasst und lokal ausgespielt werden. Langfristige Kooperationen mit ostdeutschen Influencer*innen und regionalen Netzwerken unterstützen unsere Sichtbarkeit vor Ort.

4.2.3.3 Die Entkräftung des Feindbilds

Um aus dem Feindbildframing der AfD und Union herauszukommen und die tiefen gesellschaftlichen Spaltungen in Ostdeutschland nicht weiter zu verstärken, sondern Brücken zu bauen, müssen wir gezielt entpolarisieren, glaubwürdiger und anschlussfähiger werden.

- **Nicht in die Polarisierungsfalle der AfD tappen:** Die AfD nutzt bewusst eine „Wir gegen die Grünen“-Strategie. Statt direkt auf Provokationen zu reagieren, müssen wir **eigene positive, verbindende Narrative setzen. Zum Beispiel eine eigene positive Erzählung einer Einwanderungsgesellschaft jenseits rassistischer Verwertungslogiken.**
- **Keine moralische Überlegenheit, sondern pragmatische Lösungsansätze:** Statt moralisch aufzuladen („Klimaschutz ist Pflicht!“), lieber pragmatische Vorteile betonen („Klimaschutz spart Geld und macht uns unabhängig.“).
- **Weniger belehrend, mehr auf Augenhöhe:** Menschen, die skeptisch sind, müssen abgeholt statt abgekanzelt werden. Nicht „Ihr müsst eure Heizungen umrüsten!“, sondern „Wir helfen euch, Heizkosten zu sparen – mit Zuschüssen und Beratung“.
- **Regionale Sprachbilder nutzen, statt abstrakte Politiksprache:** „Wir holen die Kohlemilliarden aus Berlin in eure Region!“ klingt greifbarer als „Wir unterstützen den Strukturwandel.“
- **Neue Dialogplattformen statt klassischer Wahlkampfformate:** Bürgerforen, Regionalkonferenzen und Stammtische mit lokalen Akteur*innen statt nur

Parteiveranstaltungen helfen ebenso wie Bürger*innensprechstunden mit Politiker*innen, um Vertrauen wiederherzustellen.

- **Nicht nur Zukunft, sondern auch Hier und Jetzt**

4.2.4 Neue Bündnisse und Netzwerke aufbauen

Als Bündnispartei dürfen wir nie unseren Kern verlieren: Wir sind Brückenbauer. Wir sind Konfliktlöser. Wir halten zusammen. In den letzten Jahren haben wir jedoch, nicht zuletzt durch kontroverse Kompromisse in unserer Regierungsbeteiligung im Bund, Zuspruch und Unterstützung von Stakeholdern einbüßen müssen.

Wir schließen neue Bündnisse und stärken die Netzwerke, die wir bereits haben. Wir sprechen wieder stärker mit Sozialverbänden und Wohlfahrtsorganisationen, Mietervereinen und wohnungspolitischen Initiativen, Umwelt- und Klimabewegungen, Erwerbsloseninitiativen, Jugend- und Studierendenverbänden, feministischen und Care-Bewegungen, Migrant*innenverbänden, Seenotrettung, politischen Bildungsträgern und Mittelstands- und Handwerksunternehmen.

Raus aus der Nische, rein in die Breite. Dazu gehört auch die ehrliche Bereitschaft von Basismitgliedern und Kreis- und Landesvorständen, in den Austausch mit der Zivilgesellschaft, der arbeitenden Bevölkerung und den politischen Gegnern zu treten.

Fazit

Dieses Papier ist kein Diskussionsvorschlag. Es ist eine klare Handlungsanweisung an eine Partei, die sich gerade selbst aus Ostdeutschland heraus definiert. Die Wahlergebnisse sind keine Warnsignale mehr – sie sind ein unmissverständlicher Beweis für das politische Versagen der letzten Jahre. Wenn wir nicht endlich begreifen, dass wir als Partei nicht nur für urbane Milieus im Westen Politik machen können, dann werden wir im Osten endgültig irrelevant. Und mit uns eine progressive, demokratische Zukunft in einem Teil Deutschlands, der gerade politisch Stück für Stück an rechte und konservative Kräfte fällt. Es geht um die **Zukunft der Demokratie in Deutschland**, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und um die Frage, welche politischen Kräfte in den kommenden Jahrzehnten die Richtung vorgeben. Die Entwicklung in Ostdeutschland zeigt nochmal besonders, dass demokratische Parteien nicht einfach „weiter so“ machen können. Wer sich den Herausforderungen nicht stellt, überlässt das Feld denjenigen, die mit Spaltung und Ressentiments Politik machen.

Wir haben die Fehler selbst benannt: **Wir haben uns abgekapselt, nicht zugehört, nicht verstanden**. Wir haben soziale Fragen ignoriert, uns hinter Klientelpolitik versteckt und uns in einer Verteidigungshaltung eingegraben, während CDU und AfD uns zur Hauptgegnerin erklärt haben. Und anstatt dagegen anzutreten, haben wir uns darauf verlassen, dass die anderen schlimmer sind. Das reicht nicht. Das hat nie gereicht.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: **Weiter so, bis wir in Ostdeutschland endgültig in der politischen Irrelevanz verschwinden – oder einen radikalen Kurswechsel**. Das bedeutet: mehr soziale Gerechtigkeit, mehr wirtschaftliche Perspektiven, mehr Nähe zu den Menschen, weniger moralische Überlegenheit, weniger Arroganz, weniger Selbstbeschäftigung. Es bedeutet, die eigene Komfortzone zu verlassen, Brücken zu bauen, auch mit denen, die uns bisher kritisch sehen.

Diese Partei wurde gegründet, um zu kämpfen – nicht um sich selbst zu bemitleiden oder sich in Theoriedebatten zu verlieren, während die politische Realität uns davonläuft. Wenn wir den Osten jetzt aufgeben, geben wir nicht nur eine Region auf. Wir geben unsere eigenen Werte auf.

1993 hat Bündnis 90 den Grünen die nötige Kraft gegeben, um im Bundestag zu bleiben. Diese historische Erfahrung zeigt, welche Bedeutung der Osten für die Stabilität und Zukunft unserer Partei hat.

Ein gerechtes, ökologisches und demokratisches Deutschland gibt es nur mit einem starken, zukunftsorientierten Osten. Und einen starken, zukunftsorientierten Osten gibt es nur mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.